

Sehr geehrte Bischöfinnen und Bischöfe, sehr geehrte Präses

Wir schreiben Ihnen mit den Worten des Ökumenischen Rats der Kirchen zur zunehmenden Ausweitung der dauerhaften israelischen Kontrolle und Annexion über das besetzte Palästina. Die einseitigen Maßnahmen der israelischen Regierung, ihre 58-jährige militärische Besetzung palästinensischen Landes in eine dauerhafte Annexion umzuwandeln und eine Zwei-Staaten-Lösung unter Verletzung des Völkerrechts zu verhindern, schüren den Kreislauf der Gewalt und beeinträchtigen die Aussichten auf einen nachhaltigen und gerechten Frieden für alle Palästinenser und Israelis. Ich schreibe Ihnen auch zu einem Zeitpunkt, an dem die Männer, Frauen und Kinder in Gaza durch die israelische Politik gegenüber den Palästinensern erneut an den Rand einer Hungersnot gebracht wurden. Ich bitte Sie, die folgenden dringenden Maßnahmen zu ergreifen.

Unser Aufruf schöpft Mut und Inspiration aus den Worten Jesu: „Selig sind die Friedfertigen, denn sie werden Gottes Kinder heißen.“ Die Gewalt und Ungerechtigkeit der gewaltsamen Annexion stehen in direktem Widerspruch zum Frieden und zu Gottes Plan für die Welt. Wir trauern mit allen Menschen – Palästinensern und Israelis –, die heute im Heiligen Land leiden. Die Worte Jesu erinnern uns daran, dass wir uns für den Frieden aller Betroffenen einsetzen müssen.

Der Rat der Patriarchen und Oberhäupter der Kirchen im Heiligen Land hat in zahlreichen Aufrufen zum Handeln seinen Wunsch nach einer friedlichen Einigung zur Beendigung des jahrzehntelangen Konflikts zum Ausdruck gebracht. Indem wir die Annexion und die Verstöße gegen das Völkerrecht weiter zulassen, untergraben wir den Wunsch der Kirchen im Heiligen Land und verhindern, dass ihre Vision Wirklichkeit wird.

Seit mehr als zwei Jahrzehnten setzt sich der Ökumenische Rat der Kirchen (ÖRK) durch sein Ökumenisches Begleitprogramm in Palästina und Israel (EAPPI) für diese Vision ein, indem er die Stimmen der von ihm begleiteten Gemeinschaften, der lokalen Kirchen und derjenigen, die sich für Gerechtigkeit und Frieden einsetzen, Palästinenser und Israelis, verstärkt.

Unsere gemeinsame Menschlichkeit verpflichtet uns, mit allen Menschen zu trauern, die leiden – Palästinenser und Israelis gleichermaßen. Der ÖRK hat die uneingeschränkte rechtliche Rechenschaftspflicht für alle Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und andere schwere Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht und die Menschenrechte gefordert, die von allen Konfliktparteien begangen wurden. Seit Jahrzehnten verfolgt die israelische Regierung eine Politik der *de facto*-Annexion, um eine dauerhafte Präsenz in den besetzten Gebieten Palästinas zu etablieren, was einen Verstoß gegen ihre Verpflichtungen als vorübergehende Besatzungsmacht darstellt. Dazu gehört auch die massenhafte Umsiedlung von über 750.000 israelischen Zivilisten in illegal auf palästinensischem Land errichtete Siedlungen.

Seit 2020 hat die israelische Regierung mehrfach ihre Absicht bekundet, noch weiter zu gehen und Teile des besetzten Palästinas formell zu annektieren. In ihrem Koalitionsvertrag vom Dezember 2022 erklärte die israelische Regierung: „*Das jüdische Volk hat ein ausschließliches*

und unbestreitbares Recht auf alle Teile des Landes Israel. Die Regierung wird die Besiedlung aller Teile des Landes Israel – Galiläa, Negev, Golan und Judäa und Samaria [Westjordanland] – fördern und ausbauen.“

Im November 2024 erklärte der israelische Finanzminister Smotrich das Jahr 2025 zum „Jahr der Annexion im Westjordanland“. Er ordnete die Übertragung der Kontrolle über alle zivilen Angelegenheiten in den von Israel kontrollierten Gebieten des Westjordanlands vom Militär an eine neu geschaffene zivile Behörde an.

Ähnliche Absichten wurden auch für den Gazastreifen geäußert. Im März 2025 erklärte die israelische Regierung, Israel sei „entschlossen, die Vision von US-Präsident Donald Trump zu verwirklichen“, zwei Millionen Palästinenser aus dem Gazastreifen ethnisch zu säubern und das Land gewinnbringend neu zu erschließen. Die israelische Regierung hat seitdem ein neues Ministerium eingerichtet, um mit der Umsetzung dieser Politik zu beginnen. Ende März erklärte der israelische Verteidigungsminister Israel Katz: „Je länger die Hamas sich weigert, die Geiseln freizulassen, desto mehr Gebiete wird sie verlieren, die von Israel annektiert werden.“ Er drohte außerdem mit der „Ausweitung der Pufferzonen um den Gazastreifen ... durch die dauerhafte Besetzung des Gebiets durch Israel“.

Eine einseitige Annexion würde sechs Millionen Palästinenserinnen und Palästinenser dauerhaft ihrer grundlegenden Menschenrechte berauben und damit schwer gegen das Völkerrecht, einschließlich der Vierten Genfer Konvention, verstoßen. Eine Annexion würde die Friedensbemühungen und die Stabilität in der gesamten Region weiter gefährden.

Palästinensische, israelische und internationale Menschenrechts- und Friedensgruppen setzen sich seit Jahrzehnten für ein Ende der Besetzung und einen gerechten Frieden für Palästinenser und Israelis ein. Das wegweisende Gutachten des Internationalen Gerichtshofs (IGH) vom Juli 2024 stellte rechtlich klar, dass die Präsenz Israels in den besetzten palästinensischen Gebieten illegal ist und „so schnell wie möglich“ beendet werden muss. Das Gutachten enthält die Entscheidung, dass alle israelischen Siedler unverzüglich evakuiert, die Siedlungen abgebaut und den Palästinensern Entschädigungen für die seit Beginn der Besetzung im Jahr 1967 verursachten Schäden gezahlt werden müssen. Es stellt auch klar, dass andere Staaten verpflichtet sind, sich nicht mitschuldig zu machen, indem sie Israels illegale Handlungen unterstützen.

Wir fordern Sie dringend auf, folgende Maßnahmen zu ergreifen:

- Solidarität mit unseren christlichen Brüdern und Schwestern in Palästina und Israel bekunden, indem Sie deren Forderungen verbreiten, darunter
- Schließen Sie sich aktiv mit anderen Glaubensführern in diesem Land und auf der ganzen Welt zusammen, um sich für den Schutz der Rechte und der Würde aller Menschen im Heiligen Land einzusetzen, insbesondere der Menschen, die unter dem anhaltenden Kreislauf von Krieg und Gewalt leiden und unter Besetzung und zunehmender Annexion leben.
- Bekräftigen Sie die Forderungen nach Gerechtigkeit, damit diejenigen zur Rechenschaft gezogen werden, die gegen internationale Gesetze verstoßen, die unsere gemeinsame Menschlichkeit schützen und die Menschenwürde wahren. Dazu gehört auch die moralische

Unterstützung der Arbeit und der Urteile des Internationalen Gerichtshofs und des Internationalen Strafgerichtshofs.

- Bringen Sie moralische Unterstützung für die Verpflichtungen zum Ausdruck, die den Ländern durch das Gutachten des Internationalen Gerichtshofs auferlegt wurden, einschließlich der Verpflichtung, „Maßnahmen zu ergreifen, um Handels- oder Investitionsbeziehungen zu verhindern, die zur Aufrechterhaltung der von Israel in den besetzten palästinensischen Gebieten geschaffenen rechtswidrigen Situation beitragen“. Dazu gehört auch der Handel mit Waffen.
- Nutzen Sie Ihren Einfluss, auf die Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der EU, um die Machthaber dazu aufzurufen, einen politischen Prozess wieder in Gang zu bringen, der ein Ende der Besatzung und damit einen gerechten und dauerhaften Frieden zwischen Palästinensern und Israelis herbeiführt.
- Bekennen Sie sich öffentlich zum EAPPI-Programm des ÖRK als Mittel zur Begleitung palästinensischer Christen.
- Unterstützen Sie lokale Initiativen für einen gerechten Frieden, indem Sie Menschenrechts- und Friedensorganisationen mehr Raum geben, über ihr Engagement zu sprechen.
- Leiten Sie Diskussionen innerhalb unserer Kirchengemeinschaft, um christlich-zionistische Rechtfertigungen für die anhaltende israelische Besetzung palästinensischen Landes zu untersuchen und in Frage zu stellen.
- Schlagen Sie eine Überprüfung der Finanzinvestitionen Ihrer Glaubensgemeinschaft vor, um sicherzustellen, dass diese nicht zur Gewalt im Heiligen Land beitragen.

Wir würden uns über eine Antwort mit einer öffentlichen und innerkirchlichen Verlautbarung freuen sowie, wenn Sie endlich den Dialog in der Kirche darüber führen würden.

Mit freundlichen Grüßen

Kairos Palästina Solidaritätsnetz Deutschland

c/o Ernst-Ludwig Vatter

Im Lutzen 5

73773 Aichwald

Tel.: 0711 7657996

E-Mail: welvatter@arcor.de